

Rechte und Interessen der Patienten

Die gesundheitspolitischen Vorhaben der Koalition im neuen Jahr

Von Erwin Rüddel MdB

Nachdem wir im vergangenen Jahr die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stabilisiert und den Anstieg der Arzneimittelkosten gebremst haben, soll nach dem Willen der christlich-liberalen Koalition 2011 das Jahr der Patientinnen und Patienten werden. Dazu werden wir in den kommenden Monaten ein umfangreiches Paket von Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen. Im Mittelpunkt werden dabei die Rechte und die Interessen der Patienten stehen.

Neues Versorgungsgesetz

Vorrangiges Thema wird die Sicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung gerade im ländlichen Raum sein. Dazu werden wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschließen: es reicht von gezielten Anreizen für die Niederlassung in strukturschwachen Regionen über eine bessere Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung und eine flexible, sektorenübergreifende Bedarfsplanung bis hin zum Ausbau Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) und der Einrichtung von Arzt-Stationen, in denen Ärzte verschiedener Fachrichtungen regelmäßig, etwa an bestimmten Wochentagen, die Arzt-Station aufsuchen.

Um dies ambitionierte Programm umzusetzen, werden wir ein umfangreiches Versorgungsgesetz beschließen, mit dem auf regionaler Ebene Gremien geschaffen werden, in denen Vertreter der Länder, der Krankenhäuser und der niedergelassenen Ärzte sitzen, damit ortsnah und dauerhaft eine flächendeckende Versorgung mit optimalen ärztlichen und pflegerischen Dienstleistungen gesichert werden kann.

Aber das ist längst nicht alles, was wir uns für 2011 vorgenommen haben:

- Wir streben für den niedergelassenen Bereich eine Reform der Honorare mit dem Ziel einer einfachen, transparenten und leistungsgerechten Honorierung der Vertragsärzte an; dies auch deshalb, um für junge Ärzte zusätzliche Anreize zu schaffen, sich in bislang unterversorgten Regionen niederzulassen.

- Wir wollen die Rechte der Patienten umfassend stärken, indem die unabhängige Patientenberatung ausgebaut wird, indem Patientenvertreter mehr Mitspracherechte in den Gremien der Selbstverwaltung erhalten und indem Patienten bei Verdacht auf einen Behandlungsfehler schneller zu ihrem Recht kommen. Dazu werden wir die bislang zersplitterten Rechte der Patienten in einem eigenen Gesetz bündeln und entsprechend der aktuellen Rechtsprechung aktualisieren.

- Ziel der Pflegereform ist es unter anderem, den Begriff der Pflegebedürftigkeit entsprechend dem Status der Pflegebedürftigen neu zu definieren und die Pflegeversicherung dauerhaft auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Weitere Initiativen betreffen die Verbesserung der Hygiene in den Krankenhäusern, die verstärkte Gesundheitsforschung insbesondere im Bereich der Volkskrankheiten, eine nationale Präventionsstrategie, die Verkürzung von Wartezeiten beim Facharzt, die Abschaffung von Vier-Bett-Zimmern in den Kliniken, die familienfreundliche Gestaltung der Dienstpläne in den Krankenhäusern, den Abbau des Pflegekräftemangels und eine bessere Versorgung der Demenzerkrankten.

Umfangreiche Verbesserungen für die Versicherten

Alles in allem: Ein gewaltiges Programm für 2011. Aber alle diese Maßnahmen werden für die Versicherten ganz unmittelbar von Nutzen sein und dazu beitragen, dass 2011 in der Gesundheitspolitik tatsächlich das Jahr der Patientinnen und Patienten wird.

Darauf haben die Beitragszahler nach unserer Überzeugung auch einen Anspruch, nachdem wir im Vorjahr Sparmaßnahmen und die Rückkehr zum alten Beitragssatz aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise beschlossen haben. Jetzt befinden wir uns durch diese Maßnahmen in der glücklichen Lage, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen stabil sind und wir im

Gesundheitsfonds eine Liquiditätsreserve haben, die auch Schwankungen ausgleichen kann.

Nachdem wir auf diese Weise dauerhaft Stabilität ins System der GKV gebracht haben, wollen wir uns nunmehr konsequent der Versorgungsrealität der Patienten zuwenden und ganz konkret Verbesserungen in den Bereichen verwirklichen, die die Patienten in ihrem Alltag tatsächlich erleben. Und dabei geht es eben vordringlich um Dinge wie monatelange Wartezeiten, die Krankenhaushygiene, die umfassende Sicherung der Versorgung und eine generell verbesserte und gestärkte Stellung der Patienten innerhalb unseres Gesundheitswesens.

Ein bewährtes System soll noch besser werden

Mit dem geplanten „Versorgungsgesetz“ und den begleitenden Initiativen verfolgen wir das Ziel, die Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen grundlegend

zu verbessern, damit Qualität und Effizienz der Versorgung gestärkt werden.

Das ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt zusätzliche Kosten mit sich bringen. Denn in einer Gesellschaft, die immer älter wird, die zugleich aber medizinischen Fortschritt und eine flächendeckende Versorgung will, kann Gesundheit tendenziell nicht billiger werden.

Aber gerade deshalb haben wir den Ehrgeiz, unser bewährtes und international hochgeschätztes Gesundheitssystem noch besser zu machen. Wir stehen dafür ein, dass auch künftig allen Versicherten die beste medizinische Behandlung zukommt, die im individuellen Krankheitsfall benötigt wird. Und wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin in vollem Umfang und zu bezahlbaren Preisen am medizinischen Fortschritt teilhaben können.

© gpk